

Kommunen als Bündnispartnerinnen in der sozial-ökologischen Transformation

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Dimensionen des Wohnens, der Siedlungsentwicklung und der Gemeindefinanzen in Oberösterreich	2
2.1) Wohnen in Oberösterreich: zwischen ländlichen Räumen und urbanen Zentren	2
2.2) Siedlungsentwicklung in Oberösterreich: eine Frage der Lebensqualität	6
2.3) Gemeindefinanzen	9
3. Strategie Bündnisbildung	11
Quellen	14

1. Einleitung

Für die Arbeiterkammer ist klar, dass der klimapolitisch erforderliche, nachhaltige Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft als eine verteilungspolitische Frage zu verstehen ist. Die Interessen von Arbeiter:innen und Angestellten müssen dabei im Zentrum stehen und notwendige Maßnahmen in eine attraktive und lebenswerte Zukunft führen (Arbeiterkammer Oberösterreich, 2023)¹. Eine sozial-ökologische Transformation betrifft dabei alle Lebensbereiche, auch abseits der engeren wirtschaftlichen und industriepolitischen Sphäre. Der Erhalt der Lebensqualität an konkreten Orten ist entscheidend, wenn Veränderungsprozesse von einer breiten Mehrheit, den Arbeitnehmer:innen, mitgetragen werden sollen.

Auf dieser lokalen Ebene sind es Gemeinden und Städte, die Veränderungsprozesse initiieren und umsetzen und den Erhalt der Lebensqualität sicherstellen müssen. Die Aufgaben von Kommunen werden dabei zunehmend umfangreicher und komplexer. Abseits ihrer formellen Hoheitsverwaltung benötigen sie zusätzliche Ressourcen, etwa im Umgang mit dem Klimawandel und Wetterextremen, der Energie- und Mobilitätswende, der Zurverfügungstellung von leistbarem Wohnraum und von Grün- und Erholungsflächen. Neben technischen Infrastrukturen und der Wasser- und Abfallwirtschaft sind auch soziale Infrastrukturen und Dienstleistungen, wie beispielsweise mobile Pflege, mitzudenken.

Die Bereitstellung dieser Leistungen wird im Sinne der so genannten Alltagsökonomie als zentrale öffentliche Aufgabe verstanden (Bärnthaler et al., 2021)². In Transformationsprozessen müssen Städte und Gemeinden, Gemeindeverbände, interkommunale Kooperationen, und kommunale Betriebe aktive und gestaltende Rollen einnehmen. Ein Reagieren auf gegebene Rahmenbedingungen reicht nicht aus. Darüber hinaus braucht es neue Allianzen, welche „die Bedeutung einer kollektiven Bereitstellung der Grundversorgung anerkennen“ (Bärnthaler et al., 2020).

Vor diesem Hintergrund arbeiten wir verschiedene Möglichkeiten aus, um solche Allianzen einzugehen. Es wird dargestellt, wie Gemeinden und Städte als Bündnispartnerinnen gewonnen werden können. Räumlicher Ausgangspunkt ist Oberösterreich und daher die Kommunen und kommunale Verwaltungen im Bundesland. Um möglichst konkret auf Vorschläge zur Bündnisbildung im

¹ Die hier geäußerten Ansichten entsprechen der Privatmeinung der Autorinnen und nicht zwingend jenen unseres Arbeitsgebers.

² Alltagsökonomie, oder *foundational economy*, setzt Wirtschaftsbereiche in den Fokus, die den (sozialen) Gebrauchswert priorisieren. Mitgedacht werden unter anderem Güter, Dienstleistungen und Infrastrukturen in den Sektoren Gesundheit, Bildung, Wohnen, soziale Infrastrukturen, Erholungs-/Grünrauminfrastrukturen - Bedürfnisse vor Ort (Bärnthaler et al., 2021). Im Gegensatz zu anderen ökonomischen Denkschulen, erhält hier der Raum (territoriale Dimension) eine besondere Bedeutung (Plank, 2019). Das Wesentliche ist, grundlegende Bedürfnisse zu erfüllen und eine stabile Basis für ein gutes Leben an konkreten Orten zu schaffen.

letzten Kapitel einzugehen, werden zuerst thematische Schnittstellen zwischen Arbeitnehmer:innen-Interessen (Fokus Lebensqualität) und Kommunalpolitik in den Bereichen Wohnen, Siedlungsentwicklung und Gemeindefinanzen ausgearbeitet. Die thematische Einschränkung ist darauf zurückzuführen, dass diese drei Themen besonderer Aktualität unterliegen. Diese zeigt sich auch in der medialen Berichterstattung in Regional- und Landesmedien. Erste positive Erfahrungen in der Bündnisarbeit konnten hier bereits gewonnen werden.

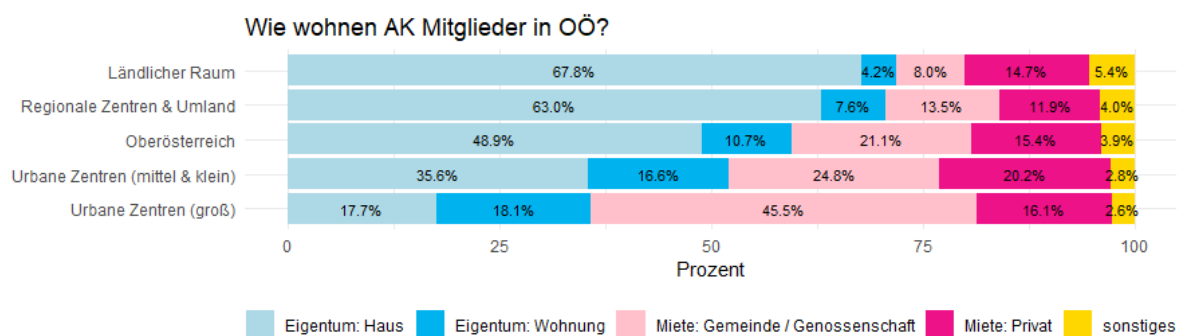
2. Dimensionen des Wohnens, der Siedlungsentwicklung und der Gemeindefinanzen in Oberösterreich

2.1) Wohnen in Oberösterreich: zwischen ländlichen Räumen und urbanen Zentren

Wohnen ist ein Grundbedürfnis. In einem Flächenbundesland wie Oberösterreich, wo neben einem starken gemeinnützigen Wohnsektor mehr als 60% der Arbeitnehmer:innen in einem Eigenheim leben, gibt es besondere Herausforderungen. Der Wohnzufriedenheitsindex der Arbeiterkammer Oberösterreich bietet seit 2022 eine gute Datengrundlage zur Wohnsituation der AK Mitglieder im Bundesland. Vier Mal pro Jahr werden sie in Kooperation mit dem IFES zu ihrer Wohnsituation und damit einhergehenden Herausforderungen befragt (Gerhartinger et.al, 2024; Arbeiterkammer Oberösterreich, 2024c). Grundgesamtheit sind alle AK Oberösterreich Mitglieder zwischen 16 und 65 Jahren. Im Folgenden werden ausgewählte Ergebnisse dargestellt. Im Gegensatz zu ähnlichen Untersuchungen der Statistik Austria wird der AK Wohnzufriedenheitsindex für einzelne Personen und nicht auf Haushaltsebene erhoben.

Wie wohnen die Oberösterreicher:innen?

Knapp die Hälfte der AK Mitglieder in Oberösterreich lebt im eigenen Haus, weitere gute 10% in einer Eigentumswohnung. In großen urbanen Zentren und dem jeweiligen Umland, überwiegt Wohnen zur Miete, im ländlichen Raum leben mehr als zwei Drittel im Eigenheim. Zum großen urbanen Zentrum zählt die Stadt Linz und umliegende Gemeinden. Mittlere und kleine urbane Zentren sind beispielsweise Wels, Steyr, Vöcklabruck, Bad Ischl, Braunau am Inn, Enns, Gmunden, Ried im Innkreis und Mattighofen (jeweils samt Umland). Regionale Zentren und ihr Umland sind Gemeinden wie Freistadt, Buchkirchen oder Mauthausen; zum ländlichen Raum zählen beispielsweise Geinberg, Gosau, Mondsee oder Windischgarsten. In Richtung des ländlichen Raums nimmt Miete als Wohnform ab: nur knapp ein Viertel der AKOÖ Mitglieder im ländlichen Raum lebt zur Miete während 72% im Eigenheim wohnen. Unter „sonstiges“ sind unter anderem Dienstwohnungen, Untermiete und mietfreies Wohnen (z.B. bei den Eltern) zusammengefasst.



Daten: WOHNZU, AKOÖ
Alle Wellen

Österreichweit lebten 2023 laut Statistik Austria 36.2% im Hauseigentum, 11.8% im Wohnungseigentum, 23.7% in Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen, 19.3% zur privaten Miete und die restlichen 9% sind in der Kategorie „sonstiges“ zusammengefasst. Dabei sind immer große regionale Unterschiede zwischen den Bundesländern mitzudenken. So hat Wien die höchste Mietquote und den größten Anteil an Gemeindewohnungen, Oberösterreich einen relativ hohen Anteil an Genossenschaftswohnungen und das Burgenland die größte Eigentumsquote (Schöber, 2024).

Der AK Wohnzufriedenheitsindex

Der Wohnzufriedenheitsindex (kurz „WOHNZU“) bildet die Herausforderungen und Bedürfnisse der AK Mitglieder in Oberösterreich ab. Der Index umfasst die unterschiedlich gewichteten Dimensionen „Wohnung und Haus“ (25% des Indexes), „Leistbarkeit“ (25%), „Wohnumgebung“ (20%), „funktionale Infrastruktur und Lage“ (20%) und „Wohnpolitik“ (10%) und nimmt Werte zwischen 0 und 100 an. Dabei gilt: je höher der Wohnzufriedenheitsindex, desto besser (Raml und Stöger, 2023).

Oberösterreichweit liegt der Wohnzufriedenheitsindex im Schnitt bei 69.4 Punkten, wobei Menschen im ländlichen Raum höhere Werte als Bewohner:innen der urbanen Zentren aufweisen. Ein relativ großer Unterschied zeigt sich zwischen Eigentümer:innen und Mieter:innen: die Wohnsituation im Eigenheim kann, unabhängig vom Urbanisierungsgrad, mit rund 72 Punkten als gut, in Mietverhältnissen mit rund 64 Punkten allerdings als kritisch interpretiert werden. In befristeten Mietverhältnissen ist der Index noch ein wenig niedriger.

	Oberösterreich	Urbane Zentren (groß)	Urbane Zentren (mittel & klein)	Regionale Zentren & Umland	Ländlicher Raum
Wohnzufriedenheitsindex					
gesamt	69.40	67.67	68.13	70.96	70.14
Wohnform					
Eigentum	72.54	73.36	71.87	73.31	71.96
Miete	64.40	64.54	63.84	64.78	64.51
Befristung					
unbefristetes Mietverhältnis	64.69	64.47	64.01	65.40	65.37
befristetes Mietverhältnis	63.48	65.23	63.44	62.18	62.60
Alter					
16-35	67.02	65.48	64.04	68.67	68.80
35-55	70.13	68.81	69.47	71.39	70.35
55-65	72.04	68.73	72.33	74.46	72.56
Einkommen					
bis 1.350€	60.01	59.92	58.05	57.35	64.83
1.350-1.950€	63.52	63.11	66.02	63.13	61.95
1.951-2.400€	64.63	63.85	62.63	67.53	65.20
2.401€ und mehr	72.00	71.08	70.75	73.05	72.30

Daten: WOHNZU, AKOÖ. Alle Wellen.

Grundgesamtheit: Alle in OÖ wohnhaften AKOÖ Mitglieder. n = 6429.

Neben der Wohnform wirkt sich auch das Alter³ auf die Wohnzufriedenheit aus: den höchsten Indexwert weisen 55- bis 65-Jährige in den regionalen Zentren und im Umland auf. Jüngere Menschen in kleinen und mittelgroßen urbanen Zentren sind um knappe 10 Punkte unzufriedener mit ihrer Wohnsituation.

³ Im AK Wohnzufriedenheitsindex werden nur Personen bis 65 Jahre befragt. Es sei darauf hingewiesen, dass sich die Wohnsituation und die Wohnzufriedenheit im Alter grundlegend ändern können. Problematisch werden bspw. Lagen im Grünen, wenn Nahversorger und Dienstleistungen in der Nähe fehlen. Einkommensschwächere ältere Menschen können sich darüber hinaus auch den Wechsel in eine altersangepasste Wohnsituation oftmals nicht leisten (Höpfinger und Teti, 2021).

Darüber hinaus steigt die Wohnzufriedenheit auch mit dem Einkommen. In regionalen Zentren und ihrem Umland ist der Unterschied zwischen der niedrigsten und der höchsten Einkommensgruppe am größten. AKOÖ Mitglieder mit niedrigen Einkommen sind im ländlichen Raum zwar am zufriedensten, haben aber mit bestenfalls 64.83 Punkten überall einen niedrigen Indexwert.

	Urbane Zentren (groß)	Urbane Zentren (mittel & klein)	Regionale Zentren & Umland	Ländlicher Raum
Öffis	8.01	6.80	6.07	5.26
Angebot an Kultureinrichtungen	6.83	6.34	6.01	5.82
Einkaufsmöglichkeiten und Nahversorgung	7.93	7.68	7.18	6.94
Internetverbindung	7.73	7.20	7.14	6.89
Radinfrastruktur	7.04	6.67	6.17	6.28
Nähe zum Arbeitsplatz	7.39	7.23	6.97	6.76
Nähe zu Gesundheitseinrichtungen	7.66	7.47	7.29	7.08
Nähe zu Grünräumen und Sportanlagen	7.80	7.87	8.25	8.21
Lärm	6.66	6.89	7.70	7.77
Sicherheit	6.91	7.52	8.33	8.29
Luftqualität	6.82	7.65	8.54	8.50

Zufriedenheitsskala von 0 (gar nicht zufrieden) bis 10 (sehr zufrieden)

Daten: WOHNZU, AKOÖ. Alle Wellen.

Grundgesamtheit: Alle in OÖ wohnhaften AKOÖ Mitglieder. n = 6429.

Während die Menschen die Infrastruktur (z.B. öffentliches Verkehrsnetz, Einkaufsmöglichkeiten, Nahversorgung und die schnelle Internetverbindung) in urbanen Gebieten als besonders positiv wahrnehmen, schätzen sie in ländlicheren Regionen die Nähe zu Grünräumen und Sportanlagen, die Luftqualität, Sicherheit und die Lärmsituation. Am weitesten klafft die Stadt-Land-Differenz bei der Zufriedenheit mit den öffentlichen Verkehrsmitteln auseinander. Das Angebot an Kultureinrichtungen wird in ganz Oberösterreich als eher schlecht eingeschätzt. Auffallend ist auch, dass die Radinfrastruktur sowohl in urbanen als auch in ländlicheren Räumen ausbaufähig ist.

Die Zufriedenheit mit der Nähe von Gesundheitseinrichtungen und vom Arbeitsplatz steigt mit dem Urbanisierungsgrad. Beim Arbeitsweg werden in ländlichen Gebieten vor allem die Ausstattung mit sicheren (Rad-)Wegen, die Kosten für den Arbeitsweg und fehlende Park&Ride Angebote kritisch gesehen. Die Zeit für Hin- und Rückweg in die Arbeit wird unabhängig vom Urbanisierungsgrad als „gut“ bewertet. Die Kosten für den Arbeitsweg werden vor allem am Land als Belastung wahrgenommen.

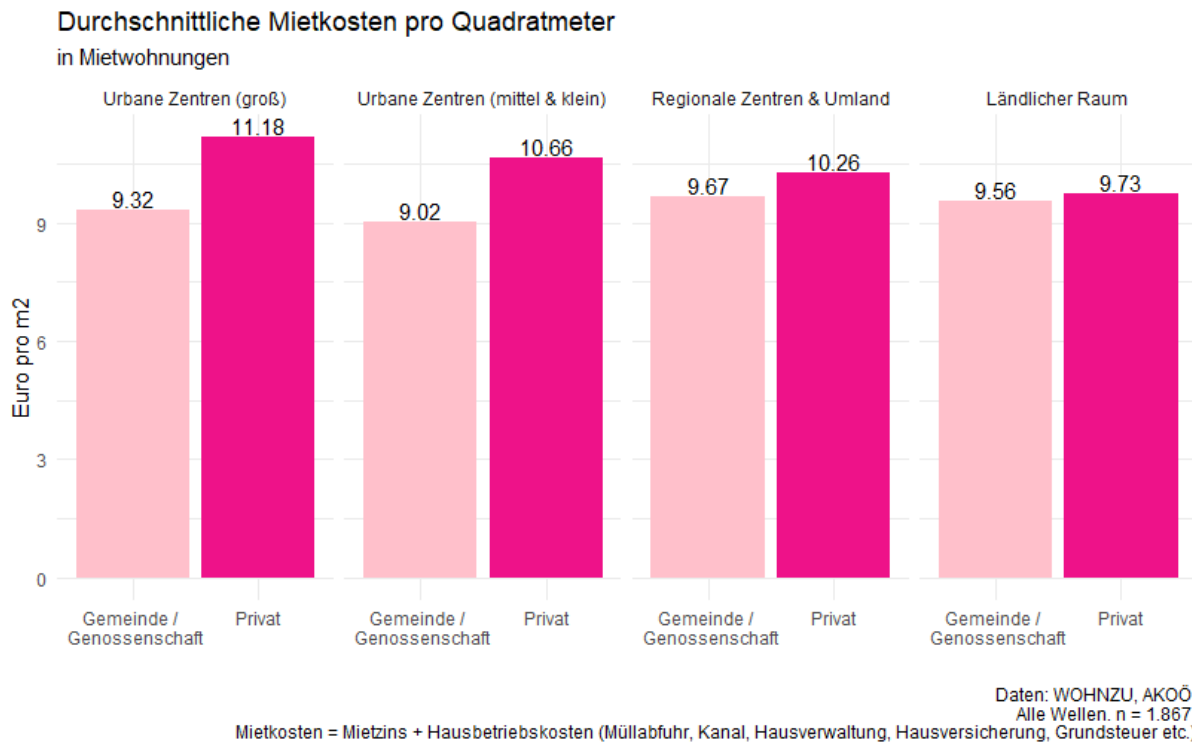
Mietkosten

Ein hoher Anteil an gemeinnützigen Wohnungen kann sich über zwei Kanäle auf die Mietkosten einer Region auswirken: direkt durch das kostenbasierte Mietmodell in gemeinnützigen Wohnungen und indirekt durch wettbewerblichen Druck auf private Mieten durch das billigere Angebot an geförderten Wohnungen (Gutheil-Knopp-Kirchwald et al., 2023).

Die Mietkosten für Gemeinde- bzw. Genossenschaftswohnungen pro Quadratmeter sind geringer als für private Mietwohnungen⁴. Wir sehen auch in den WOHNZU Daten auf Bezirksebene einen

⁴ Hier geht es nur um Mietwohnungen; vermietete (Einfamilien-)Häuser sind ausgenommen. Die Mietkosten inkludieren den Mietzins sowie Hausbetriebskosten (Müllabfuhr, Kanal, Hausverwaltung, Hausversicherung, Grundsteuer etc.).

Zusammenhang zwischen dem Anteil an Personen, die in einer Gemeinde- oder Genossenschaftswohnung leben und den durchschnittlichen Mietkosten: Je mehr Menschen in einer Gemeinde- oder Genossenschaftswohnung leben, desto niedriger sind die durchschnittlichen Kosten der Mieter:innen.



Zu einem ähnlichen Schluss kommt das WIFO: ein höherer Anteil an Bewohner:innen gemeinnütziger Wohnungen hat eine preisdämpfende Wirkung auf den gesamten Mietmarkt. Gemeinnütziger Wohnbau wirkt also nicht nur direkt kostensenkend auf Bewohner:innen dieser Wohnungen sondern entfaltet auch eine preisdämpfende Wirkung auf private, unregulierte Mieten. Im Umkehrschluss hat der deutliche Anstieg an privaten unregulierten Wohnungen in den vergangenen Jahren signifikant zu den allgemeinen Preissteigerungen beigetragen (Gutheil-Knopp-Kirchwald et al., 2023). Dazu kommt, dass der Andrang auf geförderte Mietwohnungen auch durch die immer schwierigere Finanzierbarkeit von Eigenheimen steigt und sieben von zehn im Rahmen des WOHNZU befragten AKOÖ Mitgliedern angeben, dass es immer schwieriger wird, eine leistbare Mietwohnung zu finden (Gerhartinger et al., 2024).

Politische Schlussfolgerungen

Der Wunsch und Bedarf an unterschiedlichen Wohnformen von Menschen in Oberösterreich muss ernst genommen werden. In den Diskussionen fehlt aktuell das Aufzeigen von Wohnmöglichkeiten, die zwischen dem „freistehenden Einfamilienhaus auf der grünen Wiese“ und einem „mehrgeschoßigen Wohnblock in dicht besiedelten urbanen Gebieten“ liegen. Wichtige Themen in diesem Kontext sind etwa *qualitätsvolle* Nachverdichtungen in bestehenden Siedlungen, Revitalisierungen im Bestand, die Schaffung eines Angebots für Wohnen im Alter sowie der Ausbau eines *qualitativ hochwertigen* gemeinnützigen Wohnbaus. Sollen Maßnahmen zur Nachverdichtungen erfolgreich sein, sind im Rahmen von Beteiligungsprozessen unbedingt die Bewohner:innen miteinzubeziehen. Jeder Siedlungstyp hat dabei räumlich und baulich andere Anforderungen⁵. Mitzudenken ist darüber hinaus auch der Erhalt ausreichender Grün- und Erholungsflächen sowie entsprechender Versickerungsflächen.

⁵ Die Abteilung Raumplanung und Baurecht des Landes Vorarlberg hat in diesem Zusammenhang bspw. Strategien zu Innenentwicklung und Nachverdichtungen untersucht (Kuëss und Walser, 2018).

Beim Ausbau flächensparender Wohnformen ist auch auf jene Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen, die Menschen bislang eher zum freistehenden Einfamilienhaus bewogen haben: Ruhe, Sicherheit, gute Luftqualität, eine angenehme Nachbarschaft und zunehmend wichtiger, der Schutz vor Hitze. Architektonisch und stadtplanerisch gibt es hier sehr gute Beispiele, wie etwa die Gartenstadt Puchenau nordwestlich von Linz, die diesen Bedürfnissen gerecht werden.

Besonders zur Wohnumgebung zeigt der Wohnzufriedenheitsindex auf, dass Qualitäten der Wohnumgebungen tatsächlich sehr unterschiedlich sind. In urbanen Gebieten wäre dementsprechend die Lärmbelastigung zu verringern und die Luftqualität zu verbessern. Erholungs- und Grünräume müssen ausgebaut und verbessert werden. Schutz vor Hitze und Erholung im Grünen muss auch für die Bevölkerung in urbanen Räumen und dichter besiedelten Regionen gegeben sein. In ländlicheren Regionen braucht es zur Steigerung der Lebensqualität einen Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und die Revitalisierung von Ortskernen und auch dadurch eine Verbesserung der Infrastruktur im weitesten Sinn.

Um die Leistbarkeit des Wohnens in Oberösterreichs Regionen weiterhin zu gewährleisten bzw. zu verbessern ist der Ausbau des geförderten Wohnbaus unter den oben genannten Vorzeichen unbedingt weiter voranzutreiben. Dafür müssen öffentliche Wohnbaufördermittel deutlich ausgeweitet werden. Für Oberösterreich ist hier besonders wichtig, die Zweckwidmung der Wohnbaufördermittel und der Darlehensrückflüsse aus den Wohnbaukrediten wieder einzuführen. Außerdem ist die Einführung eines wirksamen Mietpreisdeckels dringend notwendig, vor allem nach den bereits erfolgten Mietpreissteigerungen der vergangenen Jahre. Der Bezieher:innenkreis der Wohnbeihilfe in Oberösterreich ist darüber hinaus dringend auszuweiten⁶. Weiters ist die Einführung einer wirksamen Leerstandsabgabe, um Wohnungsleerstand einzudämmen und Wohnungsspekulation zu verhindern, auch in Oberösterreich notwendig (Weiterführendes siehe unten).

2.2) Siedlungsentwicklung in Oberösterreich: eine Frage der Lebensqualität

Im Umgang mit der Ressource Boden und besonders im Hinblick auf die Erhaltung der Lebensqualität ist nicht nur entscheidend *wie viel* Boden wir verbrauchen, sondern auch *wie* und *wo* wir diesen in Anspruch nehmen: in kompakten Bauten und Siedlungen oder in zerstreuter (zersiedelter) Anordnung. In Oberösterreich sind 15% der besiedelbaren Flächen, des sog. Dauersiedlungsraums⁷, in Anspruch genommen (ÖROK, 2023). Das Bundesland ist dementsprechend nicht „zubetoniert“: 85% des Dauersiedlungsraums stehen für land- und forstwirtschaftliche Nutzung oder als natürlicher Lebensraum noch zur Verfügung. Laut einer aktuellen Studie der Universität für Bodenkultur Wien weist Oberösterreich 2020 allerdings mit dem Burgenland und Niederösterreich den höchsten Zersiedelungsgrad im Ländervergleich auf. Mehr als 50% der Flächen mit Bebauung unterliegen hier einem hohen oder sehr hohen Zersiedelungsgrad. Darüber hinaus sind in Oberösterreich nur 16% der bebauten Fläche sehr gering zersiedelt, verglichen mit 39% im Jahr 1975 (Behnisch et al., 2024).

Warum ist das problematisch?

Zersiedelung ist teuer. Neue Erschließungen abseits bestehender Siedlungen und Ortskerne gehen mit zusätzlichen Kosten der öffentlichen Hand für Errichtung, Betrieb, Instandhaltung und Sanierung von Infrastrukturen einher (Straßen, Kanal, Wasser, Freiräume, etc.). Dazu kommt, dass Versorgungsinfrastrukturen wie Kinderbegleitdienste, Heimhilfebesuche, Schüler:innentransporte, etc. sich in zerstreuten Siedlungen nur schwer zur Verfügung stellen lassen, bzw. um ein Vielfaches teurer werden.

Durch Zersiedelung kommt es weiters zu sogenannten Donut-Effekten: Ortskerne werden ausgehöhlt und sterben weiter aus, zugunsten von Handel, Wohnen und Gewerbe an Ortsrändern. Auch

⁶ Zur Kritik an der OÖ Wohnbeihilfe im Detail siehe Arbeiterkammer Oberösterreich, 2024b.

⁷ Unter Dauersiedlungsraum versteht man den potentiell besiedelbaren Raum. Er umfasst alle für Landwirtschaft, Siedlung und Verkehr verfügbaren Flächen. Der Flächenverbrauch sollte sinnvollerweise am Dauersiedlungsraum und nicht an der Gesamtfläche eines Gebiets gemessen werden.

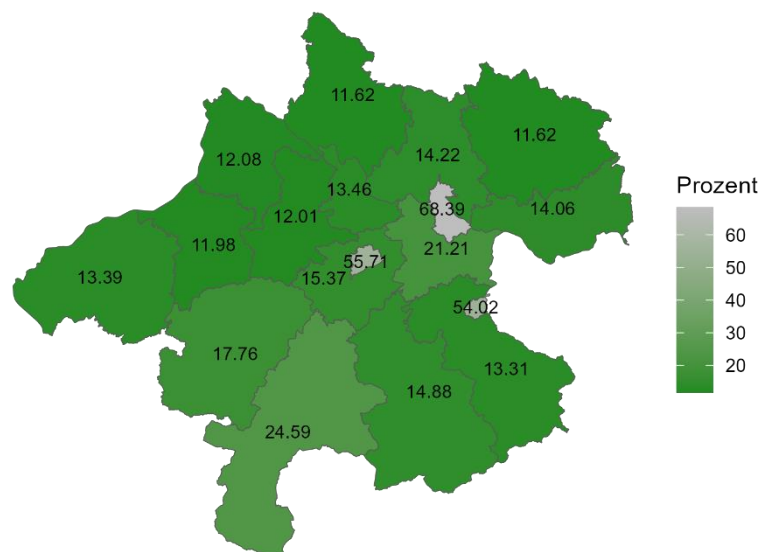
dadurch wird die Abhängigkeit vom Auto strukturell verstärkt. Sichere, schnelle und günstige öffentliche Verkehrsmittel funktionieren nur in kompakten Siedlungsstrukturen.

Ein starker Grad an Zersiedelung führt außerdem vermehrt zu Nutzungskonflikten. Das wird am Beispiel der Windkraft-Infrastruktur in Oberösterreich sichtbar: Der Umbauplan der AK Wien (Arbeiterkammer Wien, 2024) geht von einem Bedarf an zusätzlichen 1.500 Windrädern in Österreich aus. In Oberösterreich wird aktuell allerdings jeder einzelne Windrad-Standort hart umkämpft, da sich diese häufig in Siedlungsnähe befinden. So titelte der Kurier bspw. zu Konflikten zwischen Anrainer:innen, Kommunen und Betreiber:innen rund um neue Standorte im Mai 2024: „OÖ: Starker Gegenwind für fast 60 Windkraftanlagen im Mühlviertel. Umweltanwalt, Bürgerinitiativen und Naturschützer treten gemeinsam gegen geplante Windkraftprojekte auf.“ (Kleinrath, 2024). Die ausbleibende Positionierung der Landespolitik erschwert den Meinungsfindungsprozess in den Kommunen erheblich.

Durch Zersiedelung gehen abschließend auch wichtige zusammenhängende Grünzonen und Erholungsräume verloren. Im Hinblick auf das Umland urbaner Räume können sich dadurch stadthygienische Funktionen, wie Frischluftzirkulation und Staubfilterung, verschlechtern. Die Fragmentierung der Landschaft, in Zusammenhang mit dem Flächenverbrauch (siehe unten), wirkt sich darüber hinaus negativ auf Wasser-Rückhaltekapazitäten des Bodens aus. Es verschwindet also dringend notwendiger Schutz bei Starkregen-Ereignissen, das Risiko von Hochwässern und Hangrutschungen steigt.

Natürlich ist auch der **quantitative Bodenverbrauch** in Oberösterreich nicht unproblematisch. Die oben erwähnten 15% in Anspruch genommenen Flächen (und davon 55% versiegelt) müssen regional betrachtet werden, da sich hier die Situation durchaus differenziert darstellt:

Flächeninanspruchnahme am DSR



Daten: ÖROK 2023, eigene Berechnungen

Ausgenommen der dicht bebauten Städte Linz, Wels und Steyr liegt der in Anspruch genommene Boden (gemessen am DSR) zwischen rund 12% in den Bezirken Freistadt, Grieskirchen, Ried, Rohrbach und Schärding und 25% in Gmunden⁸. Hier sind also regional durchaus große Unterschiede zu verzeichnen, es ergeben sich daher auch andere Dringlichkeiten. Ein Beispiel dazu: Im Bezirk Linz-Land sind bereits 21% der Flächen in Anspruch genommen. Der Raum weist eine große wirtschaftliche Dynamik auf, besitzt aber gleichzeitig mit die ertragsreichsten landwirtschaftlichen

⁸ Der Bezirk Gmunden schert etwas aus. Da hier durch die alpine Topographie weniger DSR zur Verfügung steht, wird der Anteil der Flächeninanspruchnahme größer. Ähnlich verhält es sich mit den westlichen österreichischen Bundesländern. So sind bspw. in Vorarlberg 29 % der Flächen am DSR verbraucht.

Böden Österreichs. Der zukünftig erwartbare Ertragsrückgang durch den Klimawandel ist im Bezirk allerdings, verglichen mit anderen österreichischen Regionen, schwächer ausgeprägt. D.h. es bestehen hier im Hinblick auf zukünftige Lebensmittelsicherheit⁹ besonders schützenswerte landwirtschaftliche Flächen. Diese werden allerdings aktuell nur in geringem Ausmaß durch landespolitische Maßnahmen geschützt¹⁰ (Baumgarten et al., 2018).

Zur **Dynamik im Flächenverbrauch** stehen bisher nur Zahlen des Umweltbundesamtes zur Verfügung, die gewissen Ungenauigkeiten unterliegen¹¹. Sie lassen aber darauf schließen, dass der tägliche Bodenverbrauch in Oberösterreich (2,2 ha/Tag in 2020) sehr hoch ist (Umweltbundesamt, o. J.). Insbesondere dort, wo Flächen aufgrund starker Siedlungstätigkeit unter Druck stehen, ist Bodenschutz auch im Sinne des Erhalts der Lebensqualität von zentraler Bedeutung. Neben den bereits oben erwähnten Punkten zu Lebensmittelsicherheit und Grünzonen, ist hier weiters anzuführen, dass sich entsiegelte Flächen durch wertvolle Kühlungseffekte auszeichnen: Wasser kann versickern und damit wieder verdunsten. Versiegelte Flächen hingegen absorbieren Wärme. Im Umgang mit Hitzeinseln und vermehrten Hitzetagen gewinnt dies besonders an Bedeutung. Hinzu kommt, dass Bodenversiegelung die Abflussgeschwindigkeiten des Wassers beeinflusst. Weniger Versickerungsfläche bedeutet, dass Wasser an der Oberfläche abgeleitet wird. Dadurch kommt es zu stärkerer Überflutungsgefahr (u.a. Hangwässer). In dichter bebauten Gebieten kann gezielte Entsigelung dazu beitragen, dass der Kanal nicht überflutet wird und Regenwasser besser versickert. Abschließend ist auch anzuführen, dass Boden ein wichtiger CO₂-Speicher ist. Dies gilt insbesondere für humushaltigen Boden. Ist dieser abgetragen, kann er nicht einfach wieder hergestellt werden.

Politische Schlussfolgerungen

Im Wesentlichen geht es darum, eine qualitätsvolle Siedlungsentwicklung durch eine gut abgestimmte Raumordnung voranzutreiben. Nur so kann **Daseinsvorsorge für die Bevölkerung erhalten, den Folgen des Klimawandels langfristig begegnet und damit die Lebensqualität gesichert werden**. Gemeinden in Oberösterreich leisten hier bereits Einiges, allerdings fehlt es an landespolitischen Vorgaben, Unterstützungen und finanziellen Mitteln. Folgende Maßnahmen müssen stärker forciert werden:

- Notwendige Entwicklungen im Bereich Wohnen, Handel und Gewerbe sind zuerst in bestehenden Siedlungsstrukturen vorzunehmen, nur nachrangig außerhalb. Vorrang muss dabei Leerstands- und Brachflächenrevitalisierungen eingeräumt werden. Damit geht auch der Effekt der Belebung von Stadt- und Ortskernen einher.
- Eine wirksame Leerstandsabgabe ist durch den Landesgesetzgeber einzuführen. Im Vordergrund steht dabei, dass Gemeinden und Städte dadurch raumplanerische Steuerungsmöglichkeiten erhalten, um langfristig leerstehende Objekte wieder in Nutzung zu bringen. Nachrangig könnte zwar von positiven Auswirkungen auf Gemeindebudgets ausgegangen werden, diese stehen aber einem erhöhten Verwaltungsaufwand gegenüber. Interessant wäre, im Sinne einer Entwicklung von Innenstädten, auch Anreize für Revitalisierungen durch Landes- und Bundesfördermittel, ähnlich der deutschen Städtebauförderung einzuführen.

⁹ Die jüngste Vergangenheit hat dies leider wieder verdeutlicht: Im Sommer 2024 kam aufgrund von Trockenheit in und durch das Hochwasser im September 2024 zu Ernteaussfällen (orf.at, 2024 und Der Standard, 2024).

¹⁰ Das regionale Raumordnungsprogramm für das Linzer Umland verbietet die Genehmigung neuer Bau- und landwirtschaftliche Widmungen in bestimmten Grünzonen. Nur ein Teil des Bezirks Linz-Land ist aber Teil des Programms. Darüber hinaus legen viele Gemeinden mittlerweile in ihren örtlichen Entwicklungskonzepten (ÖEKs) landwirtschaftliche Vorrangzonen fest. Es gibt aber hier keine landesseitigen Vorgaben.

¹¹ Nicht alle Widmungsänderungen, die in der Vergangenheit als Bodenverbrauch gewertet wurden, waren tatsächlich zusätzliche neue verbrauchte Flächen. Das Land OÖ führt hier beispielsweise Streuobstwiesen an (Amt der Oberösterreichischen Landesregierung, 2023).

- Qualitätsvolle Nachverdichtung bestehender Siedlungskerne ist zu forcieren. Zu berücksichtigen ist aber unbedingt der Erhalt entsprechender Grün- und Erholungsräume sowie die Einbeziehung der Bewohner:innen.
- Instrumente der Baulandmobilisierung sind von Kommunen stärker einzusetzen, bspw. die Festlegung von Bauwängen auf bereits gewidmeten Flächen, über sog. Baulandsicherungsverträge.
- Weiterhin ist der Ausbau eines qualitativ hochwertigen öffentlichen Wohnbaus voranzutreiben (siehe oben). In diesem Zusammenhang wird auch die stärkere Anwendung der Widmungskategorie Sozialer Wohnbau für Oberösterreich gefordert (Biasior und Stöger, 2023).
- Landesseitig ist die Verabschiedung verpflichtender Sach- und Raumordnungsprogramme voranzutreiben: Es bestehen zwar bereits vereinzelt regionale Grünraum-Verordnungen, diese müssen allerdings weiter ausgebaut werden. Darüber hinaus sollten landwirtschaftliche Vorrangflächen (ertragreiche Böden) vor Bebauung gesichert werden.
- Bodenspekulation ist unbedingt zu unterbinden. Das Negativbeispiel in Oberösterreich ist hier das Betriebsbaugelände Ehrenfeld II Viecht in Ohlsdorf.

2.3) Gemeindefinanzen

Gemeinden haben vielfältige Aufgaben: von der Wasserver- und der Abwasserentsorgung, über die Abfallwirtschaft, Straßenreinigung, Grünflächenbetreuung, sowie Freizeit- und Sporteinrichtungen, zur Erhaltung der Pflichtschulen, dem Bereitstellen von pädagogischen Freizeitpersonal in Ganztagschulen und dem Gebäude und Personal in Kindergärten, über die Verwaltung der Gemeinde, welche u.a. das Gemeindeamt und Personal inkludiert, zu Finanzierungsbeiträgen zu Landesaufgaben durch das Umlagen System (Sozialhilfe-, Krankenanstalten-, Landesumlage), über das Errichten und Instandhalten von gemeindeeigenen Verkehrsflächen wie beispielsweise Straßen, Radwege, öffentliche Plätze und Infrastruktur wie Brücken, sowie Maßnahmen im Straßenverkehr, den öffentlichen Personennahverkehr und der öffentlichen Ordnung und Sicherheit (z.B. Feuerwehren). Soll die Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge auch in Zukunft gesichert werden, so ist die finanzielle Ausstattung der Gemeinden zentral. Spätestens in Krisenzeiten wird sichtbar, wie Gemeinden auf lokaler Ebene für Stabilität sorgen – sowohl wirtschaftlich als auch sozial.

Aufgrund diverser Krisen stiegen die Ausgaben der Gemeinden in den letzten Jahren stark an. Gleichzeitig kämpfen Gemeinden österreichweit mit einer schwachen Einnahmenentwicklung (Biwald und Mitterer, 2024). Dazu kommt, dass sich das Senken der Körperschaftssteuer, das Abschaffen der kalten Progression und die „öko-soziale“ Steuerreform auch negativ auf die Ertragsanteile der Gemeinden auswirken. Es sind trotz Zusatzmittel aus dem Finanzausgleich (FA) 2024 und Gemeinde-Unterstützungspaketen des Bundes und der Länder aktuell bis zu 40% der Gemeinden Abgangsgemeinden. Diese Gemeinden brauchen finanzielle Unterstützung, um den laufenden Betrieb (z.B. der Kindergärten) aufrecht zu erhalten.

Gemeinden zahlen auch Finanzierungsbeiträge zu eigentlichen Landesaufgaben. Mit der Sozialhilfeumlage werden Pflegedienstleistungen, die bedarfsorientierte Mindestsicherung und die Jugendwohlfahrt, mit der Krankenanstalten-Umlage die Krankenanstalten ko-finanziert. Laut KDZ bleiben von einem Euro, den eine Gemeinde durch den Finanzausgleich zur Finanzierung der kommunalen Daseinsvorsorge bekommen, nach Abzug der Umlagen im Durchschnitt aktuell nur mehr 47 Cent für diese wichtigen Aufgaben; bis 2027 dürften sich die Situation verschärfen und den Gemeinden dann nurmehr 40 Cent pro Euro aus dem FA übrigbleiben (Biwald und Mitterer, 2024). Im Bundesländervergleich ist in Oberösterreich und Kärnten die Umlagenbelastung pro Kopf besonders hoch. Auch Vorarlbergs Gemeinden zahlen hohe Umlagen ans Land, bekommen aber auch relativ viele Transfers vom Land, sodass der Transfersaldo für Vorarlbergs Gemeinden wesentlich besser aussieht, als für jene in Oberösterreich oder Kärnten. Es braucht es dringend strukturelle Änderungen der Rahmenbedingungen in Form einer stärkeren Aufgabenorientierung im Finanzausgleich und eine Umlagen-Entlastung der oberösterreichischen Gemeinden.

In manchen Bereichen können Gemeinden selbst Gebühren (z.B. für Wasser, Kanal, Müllentsorgung oder Kinderbetreuung) oder Abgaben (z.B. Vergnügungs- oder Hundesteuer,

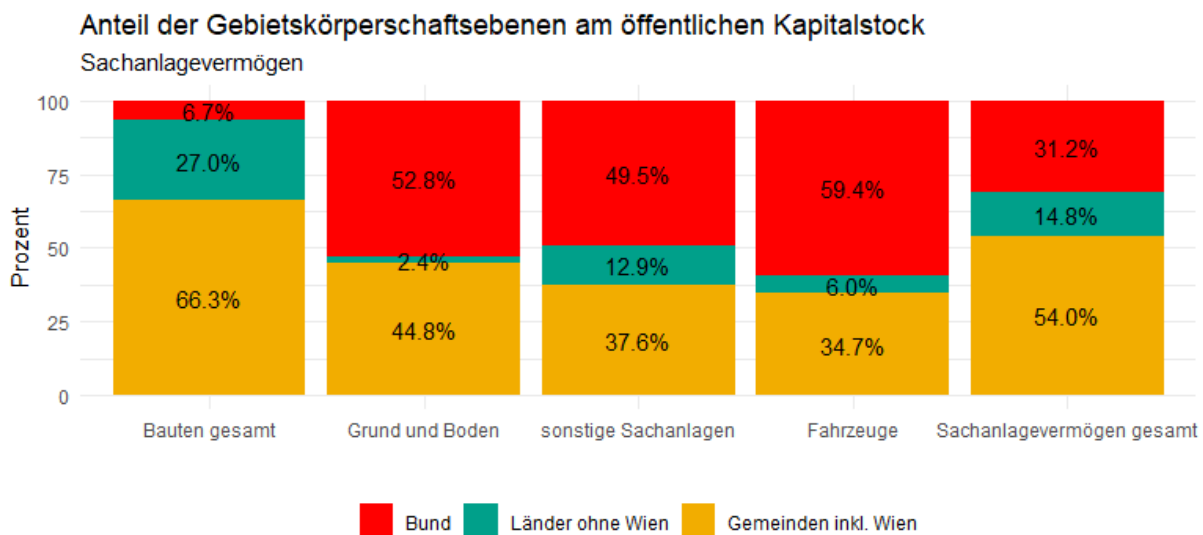
Zweitwohnsitzabgabe) einheben. Ob eine Gemeinde beispielsweise eine Leerstandsabgabe einheben darf oder nicht, hängt aber wiederum von der Landesgesetzgebung ab¹². Etwas mehr als ein Drittel der Einzahlungen kommen direkt von den Gemeinde Bürger:innen und Unternehmen. Darunter fallen z.B. die Kommunalsteuer, die Grundsteuer und die eben erwähnten Gebühren und Abgaben (Österreichischer Städtebund, 2024).

Aufgrund der angespannten finanziellen Lage in vielen Gemeinden ist in Zukunft sowohl mit Gebührenerhöhungen als auch mit Einschnitten im Leistungsspektrum zu rechnen. Es wird auch verstärkt über Effizienzsteigerungen durch interkommunale Zusammenarbeit nachgedacht werden müssen. Hier braucht es mehr regionales Denken und eine Überarbeitung einiger Förderungen und des Finanzausgleichs. Darüber hinaus muss die Daseinsvorsorge vor Privatisierungsfantasien geschützt werden. Gemeinden bedienen viele Grundbedürfnisse der Bevölkerung, die auch weiterhin nicht über Märkte, sondern demokratisch und öffentlich bereitgestellt werden sollen. Das sichert Lebensqualität, stärkt die regionale Wirtschaft und schafft nachhaltige, sichere und qualitätsvolle Arbeitsplätze.

Kommunale Investitionen

Wenn nicht einmal der laufende Betrieb einer Gemeinde gedeckt werden kann, werden Investitionen immer schwieriger bzw. nur mehr über Neuverschuldung finanzierbar¹³. Dabei ist auch das öffentliche Vermögen, das von Gemeinden verwaltet wird, bedeutend für das Gelingen der sozial-ökologischen Transformation.

Der öffentliche Kapitalstock setzt sich aus Sachanlage- und Grundvermögen im Eigentum der Gebietskörperschaften, der von ihnen kontrollierten staatlichen Einheiten und öffentlichen Unternehmen zusammen. Bröthaler et al. (2023) haben diesen öffentlichen Kapitalstock sowie notwendige und potenzielle Investitionsszenarien zur Dekarbonisierung dessen geschätzt. Demnach machen Bauten rund 51% des gesamten öffentlichen Kapitalstocks aus. Wie in der unteren Grafik zu sehen, verwalten Gemeinden 66.3% der Bauten im öffentlichen Eigentum. Hier liegt ein großes Dekarbonisierungspotenzial, da erst ein geringer Teil thermisch saniert bzw. die Heizungen auf erneuerbare Energieträger umgestellt wurde. Investitionen in den Gebäudebestand der Gemeinden haben auch positive Effekte auf die regionale (Bau-)Wirtschaft.



Datenquelle: Bröthaler et al., 2023

¹² In Oberösterreich plant die Landesregierung keine Ermächtigung der Gemeinden zum Einheben einer Leerstandsabgabe.

¹³ Es ist gesamtgesellschaftlich billiger, wenn sich das Land oder der Bund verschuldet und das Geld an Gemeinden weitergibt, als wenn (kleine) Gemeinden selbst Kredite zu wesentlich schlechteren Konditionen aufnehmen. Schuldenbremsen wie jene des Landes OÖ erschweren so auch kommunale Investitionen, obwohl gerade bei Zukunftsinvestitionen eine Finanzierung über Verschuldung sinnvoll ist, da dadurch die auch in Zukunft davon profitierenden Generationen beteiligt werden.

In Summe verwalten Gemeinden 54% des öffentlichen Kapitalstocks der Gebietskörperschaften¹⁴. Auf kommunaler Ebene liegt also ein großes Investitions- und Dekarbonisierungspotenzial, das allerdings nur durch eine Entschärfung der angespannten finanziellen Lage in vielen österreichischen Gemeinden gehoben werden kann. In drohender Investitionsstau würde zu erheblichen langfristigen Problem führen. Ausgebliebene Investitionen in den öffentlichen Kapitalstock und die Daseinsvorsorge wirken negativ auf die Qualität der öffentlichen Leistungsfähigkeit (Heimberger, 2022). Durch diverse Gemeindepakete und kommunale Investitionspakete konnte ein starker Einbruch kommunaler Investitionen vorerst verhindert werden. Eine Aneinanderreihung von einmaligen Zusatzpaketen kann jedoch keine Dauerlösung sein, da so die ohnehin sehr große Abhängigkeit der Gemeinden von den Ländern weiter verstärkt wird.

Um Investitionen auch in Zukunft finanzieren zu können, braucht es, wie oben beschrieben, eine nachhaltige Sicherung der Gemeindefinanzen, flexible Fiskalregeln und einen kommunalen (Klima-)Investitionsfonds des Bundes (siehe dazu Feigl, 2024).

3. Strategie Bündnisbildung

Unterschiedliche Formen der Kooperation zwischen Arbeiterkammern und Kommunalpolitik gab und gibt es immer wieder. Dabei handelt es sich einerseits um eher kurze, themenorientierte Kooperationen, andererseits aber auch um langfristige gemeinsame Projekte. Es folgen einige ausgewählte **Praxisbeispiele der Arbeiterkammer Oberösterreich aus den vergangenen Jahren.**

Im Rahmen der Kampagne „JETZT Regional-Stadtbahn Linz auf Schiene bringen“ wurde 2023 versucht, den politischen Druck für den Bau einer seit langem geplanten zusätzlichen S-Bahnstrecke von Linz ins Mühlviertel zu erhöhen. Besonders hervorgehoben wurde die starke Verkehrsbelastung in Linz und die dringend notwendigen Verbesserungen im öffentlichen Personennahverkehr für Pendler:innen. Die Initiative ging ursprünglich u.a. von Bürgermeister:innen der Region sowie Betriebsrät:innen in Linz aus. Die Arbeiterkammer Oberösterreich gehörte zu den Erstunterzeichner:innen der zugehörigen Petition. Darüber hinaus wurde auch in (sozialen) Medien zur Unterzeichnung der Petition und generell dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs aufgerufen. Der Druck konnte letztendlich so gesteigert werden, dass ein Finanzierungspaket zwischen Bund, Land Oberösterreich und der Stadt Linz im Mai 2024 auch im Ministerrat final beschlossen wurde.

2015 fand eine Fachtagung der Arbeiterkammer Oberösterreich zum Thema „Zukunft der Pflege in den oberösterreichischen Gemeinden“ statt. Im Vorgang wurde auf regionaler Ebene ein EU-gefördertes Projekt, „PFLEGE: Ein Arbeitsmarkt der ZUKUNFT“, gemeinsam mit u.a. der Fachhochschule OÖ und dem Regionalmanagement OÖ, umgesetzt. Pilotregionen waren die Bezirke Braunau, Ried, Schärding und Grieskirchen. In Gemeineworkshops wurden verschiedenste Maßnahmen ausgearbeitet, etwa zum Thema „alt werden daheim“. Für Fragen rund um das Thema „alt werden“ konnten daraufhin auch Ansprechpersonen direkt in den Gemeinden angestellt werden, sogenannte SoKos. Mit der abschließenden Fachtagung wurden die Inhalte darüber hinaus einer breiteren interessierten Öffentlichkeit präsentiert. Neben Gemeindevertreter:innen nahmen auch Sozialhilfeverbände, Gewerkschafter:innen und Bezirkshauptleute teil.

Zum Thema Gemeindefinanzen richtete die Arbeiterkammer Oberösterreich 2010 eine speziell an Gemeinden und Städte gerichtete Tagung aus, gemeinsam mit dem Städtebund (Landesgruppe Oberösterreich). Beleuchtet wurde die damalig angespannte Finanzsituation der Gemeinden, im Nachgang der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008. Das Eingangs-Statement des damaligen AK Oberösterreich Präsidenten Johann Kalliauer lautete wie folgt:

„Es gibt zwei Gründe, warum die Arbeiterkammer eine Tagung zu den Gemeindefinanzen veranstaltet: Erstens sind die Gemeinden zusammengenommen der größte öffentliche Investor

¹⁴ Sonstige staatliche Einheiten, öffentliche Unternehmen und öffentliche Quasi-Kapitalgesellschaften nicht mitgerechnet.

in Österreich – und daran hängen sehr viele Arbeitsplätze. Zweitens passiert ein großer Teil unseres sozialen Lebens in den Gemeinden: Kinderbetreuung, Grundschulen, Pflege und Freizeitgestaltung“ (Kalliauer, 2010).

Erreicht werden konnten mit der Veranstaltung zahlreiche Gemeinden, Vertreter:innen des Landes Oberösterreich (politisch und aus der Verwaltung) und der Bezirkshauptmannschaften.

Auf Regionsebene bestehen seit vielen Jahren auch eher formalisierte Strukturen der Zusammenarbeit, im Sinne der klassischen Sozialpartnerschaft. Beispielsweise sind die Bezirksstellen der Arbeiterkammer Oberösterreich in den LEADER Regionen vertreten. Hervorzuheben ist hier die Einbindung in die Ausarbeitung der lokalen Entwicklungsstrategien und die Auswahl der darauf basierenden Förderprojekte der Regionen. Darüber hinaus wird auch im Sinne einer gemeinschaftlichen Regionsentwicklung in sogenannten „Regionalforen“ kooperiert. Im Regionalforum Steyr-Kirchdorf etwa sind die Sozialpartner neben allen 44 Gemeinden der Bezirke Steyr-Land, Kirchdorf sowie der Stadt Steyr, politischen Landes- und Bundesmandatar:innen der Region sowie den Bezirkshauptleuten vertreten. Für interkommunale raumrelevante Prozesse werden hier Ideen eingeholt und gemeinsam Strategien ausgearbeitet (bspw. Machbarkeit Mikromobilität 2020). Diese eher formale Gremienarbeit gewinnt gerade dort an Bedeutung, wo sich politische Kräfteverhältnisse zunehmend von Arbeitnehmer:innen-Interessen entfernen.

Bevorstehende Transformationsprozesse: Gemeinden und Städte als Bündnispartner:innen für Arbeitnehmer:innen-Interessen

In den vorangegangenen Kapiteln wurden Themenblöcke behandelt, in denen in den kommenden Jahren bedeutende Transformationsprozesse erwartet werden. Um die Lebensqualität dauerhaft zu sichern, bedarf es starker und handlungsfähiger Kommunen, die in der Lage sind, diese Prozesse aktiv mitzugestalten. In diesem Sinne verstehen wir Gemeinden und Städte als zentrale Bündnispartner:innen, um die Transformation an konkreten Orten zu gestalten. Es wird dabei als zielführend erachtet, an bereits erfolgte Kooperationen anzuknüpfen und so Bündnisse aufzubauen und zu vertiefen. Folgende vier Bereiche lassen sich dabei ausmachen:

- Kurzfristige thematische Allianzen bilden.
- Bestehende Gremienarbeit beibehalten.
- Den (medialen) Diskurs mitgestalten.
- Auf Dauer ausgelegte Netzwerkarbeit forcieren (Wahrnehmung als Expertin im Feld).

Thematische Allianzen können als eher zeitlich begrenzte Kooperationen verstanden werden, in denen ihre Akteur:innen gemeinsame Ziele verfolgen. Sie lassen sich idealtypisch in zwei Kategorien einteilen, Veränderungs- oder Verhinderungsalianzen. Mit dem Ziel, sich stärkeres Gehör im öffentlichen Raum zu schaffen, müssen sie immer auch öffentlichkeitswirksam sein, wie das Beispiel der Kampagne zur Regional-Stadtbahn oben gut zeigt (Fröhlich und Jürgensen, 2022). In den oben angesprochenen Bereichen wurden in den letzten Monaten bereits Grundsteine für solche thematischen Allianzen gelegt. Besonders hervorzuheben ist aktuell die Debatte um die angespannte Finanzsituation oberösterreichischer Kommunen. In Medienaussendungen der Arbeiterkammer Oberösterreich wird das Narrativ „Investitionsmöglichkeiten Kommunen – Lebensqualität“ vermehrt kommuniziert. In diesem Zusammenhang hat das KOMMUNAL Magazin folgenden Artikel auf Basis einer Presseaussendung der Arbeiterkammer Oberösterreich veröffentlicht:

„Gemeinden finanziell geschwächt: AK befürchtet Verlust von Lebensqualität

Wie in ganz Österreich stehen auch in Oberösterreich die Gemeinden finanziell unter Druck. Andreas Stangl, Präsident der Arbeiterkammer OÖ, fordert das Land OÖ zu mehr Transparenz bei den Landesfinanzen auf. Außerdem müsse die Umlagebelastung für die Gemeinden verringert werden, um wichtige Investitionen zu sichern.“ (Kommunal, 2024)

KOMMUNAL ist hier ein besonders interessantes Medium. Dem Gemeindebund nahestehend, richtet es sich als Fachmagazin insbesondere an Gemeinden. Zahlreiche Gemeindevertreter:innen aus Verwaltung und Politik haben den Newsletter und das Magazin selbst abonniert. Kommunen als Bündnispartnern:innen konnten dementsprechend hier direkt angesprochen werden.

In den Bereichen der Siedlungsentwicklung und des leistbaren und flächensparenden Wohnens wurde aktuell die Einführung einer wirksamen Leerstandsabgabe durch die Arbeiterkammer Oberösterreich gefordert. Im Rahmen einer Pressekonferenz im Juni 2024 präsentierte man aktuelle Ergebnisse des Wohnzufriedenheitsindex. Neben der Leistbarkeit des Wohnens griffen Medienvertreter:innen speziell auch die Forderung nach einer Leerstandsabgabe auf. Das Thema Leerstandsrevitalisierung hat in oberösterreichischen Gemeinden und Städten besondere Aktualität. Es wird in zahlreichen Kommunen derzeit forciert, u.a. ausgelöst durch ein Aktionsprogramm des Landes Oberösterreich. Enttäuschend waren hier für viele Kommunen, nach anfänglicher Euphorie, die Kürzungen der angekündigten investiven Fördermöglichkeiten. Das Thema der Nachnutzung von Leerständen und Brachflächen steht aber nach wie vor auf ihrer Tagesordnung. In diesem Zusammenhang haben auch einige Gemeinden und Städte im Frühling 2024 die Forderung nach Einführung einer Leerstandsabgabe an den Oberösterreichischen Landtag herangetragen, in Form von Landtags-Petitionen. Das Interesse an der Einführung einer wirksamen Leerstandsabgabe hat durchaus unterschiedliche Motive. Für die Arbeiterkammer steht der Aspekt der Zurverfügungstellung von leistbarem Wohnraum im Vordergrund. Gleichzeitig ergeben sich positive Synergien im Hinblick auf den Flächenverbrauch und raumplanerische Steuerungsmöglichkeiten der Kommunen (siehe oben).

Die Fortführung der Medienarbeit in dieser Form wird als zielführend erachtet, insbesondere in Phasen, in denen politisches Momentum besteht. Hierdurch können die Kräfte verschiedener Akteur:innen effektiv gebündelt werden. Dies erhöht die Möglichkeit, Diskurse im Einklang mit den eigenen Zielvorstellungen aktiv mitzugestalten und als Expertin im Feld wahrgenommen zu werden. Um thematische Allianzen weiterzuführen wäre zukünftig über die Medienarbeit hinaus auch vertiefende Zusammenarbeit mit Akteur:innen in den jeweiligen Bereichen zu empfehlen. Die oben erwähnten Fachtagungen waren sehr erfolgreich, die Kooperation mit Akteur:innen wie Dachorganisationen (bspw. Städtebund) und (lokalen) Expert:innen konnte durchaus das Interesse von Kommunen wecken. Um in den Regionen relevant zu bleiben, wäre es zukünftig sinnvoll, Veranstaltungen mit einem regionalen Fokus zu planen. Wie bereits erläutert, unterscheiden sich die Herausforderungen im Bereich Siedlungsentwicklung und Wohnen je nach Region erheblich. Themen, die lokal von Bedeutung sind, können so gezielt Interesse wecken.

Neben diesen thematischen Allianzen ist auch von Bedeutung, längerfristige Netzwerke zu etablieren und zu pflegen. Im Gegensatz zu Allianzen zeichnen sich Netzwerke dadurch aus, dass sie thematisch offener und loser sind. Ihr Zweck ist eher Vernetzung und Austausch. Sie müssen daher auch nicht öffentlich sein (Fröhlich und Jürgensen, 2022). Bei Netzwerkpartner:innen wird sowohl an Akteur:innen im Bereich Kommunalpolitik und Regionalentwicklung gedacht, als auch an Gewerkschaften und Betriebsrät:innen. Letztere sind auch oftmals kommunalpolitisch aktiv. Besonders von Bedeutung für die Kommunalpolitik ist die Daseinsgewerkschaft younion. Gemeinsam mit der Arbeiterkammer Wien, dem Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs, dem Österreichischen Städtebund und der Stadt Wien wurden im Zuge der Europawahl 2024 Forderungen zur Sicherung der Daseinsvorsorge ausgearbeitet. Diese decken sich in großen Teilen mit der hier skizzierten Sichtweise von Städten und Gemeinden als zentrale Akteur:innen der Daseinsvorsorge und des sozial-ökologischen Umbaus (younion. Die Daseinsgewerkschaft, 2024). Darüber hinaus wird auch der Austausch und die Vernetzung mit Expert:innen in den jeweiligen Feldern an Bedeutung gewinnen, neben Wissenschaft auch (lokale) politische Expert:innen sowie Vertreter:innen zivilgesellschaftlicher Organisationen und Kammern.

In diesem Zusammenhang knüpft auch die bestehende Gremienarbeit an. Wie oben bereits dargestellt, ist das Einbringen von Arbeitnehmer:innen-Interessen zentral. Wenn politische Entscheidungen zunehmend von diesen Interessen abweichen, wird die Bedeutung der Gremienarbeit als Instrument, um Einfluss auf politische Prozesse zu nehmen, noch größer. Dadurch bleibt es möglich, die Belange der Arbeitnehmer:innen in den politischen Diskurs einzubringen. Zusätzlich werden im Rahmen der Gremienarbeit Netzwerke in den jeweiligen Themenbereichen gepflegt. Die erreichten Kontakte tragen zur Stärkung des eigenen Netzwerks und zur Durchsetzung gemeinsamer

Interessen bei. Zentral ist hier eine enge Abstimmung über die Regionen und Gremien hinweg, um als Arbeitnehmer-Vertreterin mit einer Stimme zu sprechen.

Zusätzlich zu den hier skizzierten thematischen Schwerpunkten gäbe es zahlreiche weitere Anknüpfungspunkte zwischen Arbeitnehmer:innen-Interessen und Kommunalpolitik. Im Hinblick auf den notwendigen Ausbau der Daseinsvorsorge und die damit verbundenen alltagsökonomischen Aufgaben wären auch Bündnisse und Kooperationen im Bereich des Ausbaus der Kinderbetreuung denkbar. Ebenso – anschließend an die oben skizzierten Projekte – in der Pflege. Ein weiterer zentraler Punkt könnte die Forderung nach dem Ausbau einer Arbeitsplatzgarantie sein – und hier besonders die Rolle von Kommunen als Arbeitgeberin sowie der Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge als Wirtschafts- und Beschäftigungsmotor¹⁵.

Abschließend lässt sich sagen, dass eine strategische Fokussierung auf kurzfristige thematische Allianzen für die Arbeiterkammer als Vertreterin der Arbeitnehmer:innen von erheblichem Nutzen sein kann. Indem gezielte Partnerschaften mit anderen Organisationen und Akteur:innen eingegangen werden, können zeitlich begrenzte, aber wirkungsvolle Kampagnen und Initiativen durchgeführt werden, die aktuelle Herausforderungen adressieren und den Interessen der Arbeitnehmer:innen stärker Gehör verschaffen. Gleichzeitig sollte die bestehende Gremienarbeit fortgeführt werden, da sie als Instrument zur langfristigen Interessenvertretung etabliert ist.

Langfristig ist es entscheidend, dauerhafte Netzwerke aufzubauen, die eine nachhaltige Einflussnahme auf die gesellschaftlichen und politischen Diskurse ermöglichen. Eine gezielte Mitgestaltung des medialen Diskurses kann dabei helfen, die Sichtbarkeit und Relevanz der Arbeiterkammer zu erhöhen und deren Themen in der öffentlichen Wahrnehmung zu verankern. Durch die Kombination aus kurzfristigen Allianzen, der Stabilität der Gremienarbeit und der strategischen Netzwerkbildung kann eine effektive und zukunftsfähige Vertretung von Arbeitnehmer:innen-Interessen gewährleistet werden, die sowohl aktuellen als auch den langfristigen Anforderungen in der sozial-ökologischen Transformation gerecht wird.

Quellen

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung. „Bodenschutz auf der Basis von Fakten und mit konkreten Maßnahmen - Oberösterreich wartet nicht auf den Bund, sondern setzt eigene Bodenstrategie um“. Landeskorrespondenz Medien Info. Linz, 2023. https://www.land-oberoesterreich.gv.at/Mediendateien/LK/PK_LRAchleitner_201023_Internet.pdf. [zuletzt abgerufen am 26.8.2024]

Arbeiterkammer Oberösterreich. „Beschlüsse der 10. AK Vollversammlung“, 2023. <https://ooe.arbeiterkammer.at/service/presse/Beschluesse-der-10.-AK-Vollversammlung.html>. [zuletzt abgerufen am 26.8.2024]

Arbeiterkammer Oberösterreich. „AK Wohnzufriedenheitsindex: So teuer wohnt es sich in Oberösterreichs Regionen“, 2024a.

Arbeiterkammer Oberösterreich. „Daten und Fakten: OÖ Wohnbeihilfe - Ideen & Forderungen für leistbares Wohnen in Oberösterreich“, 2024b.

Arbeiterkammer Oberösterreich. „Wie wohnen Arbeitnehmer in Oberösterreich? - Zahlen, Fakten und Forderungen aus dem AK Wohnzufriedenheitsindex“, 2024c.

Arbeiterkammer Wien. „Umbauplan: Eine Zukunft für die Vielen“, 2024.

¹⁵ Ein sehr erfolgversprechendes Projekt war hier etwa das AMS-Pilotprojekt „Arbeitsplatzgarantie Marienthal“ inklusive begleitender Studie (Flecker und Quinz, 2024)

- Bärnthaler, Richard, Andreas Novy, und Leonhard Plank. „The Foundational Economy as a Cornerstone for a Social–Ecological Transformation“. *Sustainability*, 2021.
- Bärnthaler, Richard, Alexandra Strickner, und Leonhard Plank. „Ökonomie des Alltagslebens: Erneuern und transformieren, was uns versorgt“. *A&W Blog*, 2020. <https://www.aw-blog.at/Wirtschaft/oekonomie-des-alltagslebens>. [zuletzt abgerufen am 26.8.2024]
- Baumgarten, Andreas, Herbert Formayer, Hans-Peter Haslmayr, Sigbert Huber, Carmen Krammer, Erwin Murer, Imran Nadeem, u. a. „BEAT – Bodenbedarf für die Ernährungssicherung in Österreich“. AGES - Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit, 2018.
- Behnisch, Martin, Anna-Katharina Brenner, Helmut Haberl, Tobias Krüger, und Gernot Stöglehner. „Rapider Anstieg der Zersiedelung in Österreich von 1975 bis 2020 - Eine räumlich explizite Analyse unter besonderer Berücksichtigung der Wohnbevölkerung“. *Universität für Bodenkultur, Social Ecology Working Papers*, 2024.
- Biasior, Sarah, und Heinz Stöger. „Widmungskategorie ‚Sozialer Wohnbau‘ für mehr leistbares Wohnen“. *A&W Blog*, 2023. <https://www.awblog.at/Allgemein/widmungskategorie-sozialer-wohnbau>. [zuletzt abgerufen am 26.8.2024]
- Biwald, Peter, und Karoline Mitterer. „Presstext Gemeindefinanzprognose Juni 2024“, 17. Juni 2024.
- Bröthaler, Johann, Johanna Bürger, Michael Getzner, Michael Miess, Hannah Lucia Müller, Maria Niedertscheider, Leonhard Plank, Wolfgang Schieder, und Ilse Schindler. „Öffentliche Investitionen für den Klimaschutz in Österreich: Potenziale des öffentlichen Vermögens“, 2023.
- Der Standard*. „Landwirtschaft unter Wasser: ‚Viele Bauern stehen vor dem Nichts‘“. 17. September 2024. <https://www.derstandard.at/story/3000000236992/landwirtschaft-unter-wasser-viele-bauern-stehen-vor-dem-nichts>. [zuletzt abgerufen am 20.9.2024]
- Feigl, Georg. „Klimaschutz-Potenzial der Städte und Gemeinden heben – mit einem kommunalen Klima-Investitionsfonds“. *A&W Blog*, 2024. <https://www.awblog.at/klima-energie/Klimaschutz-Potenzial-der-Staedte-und-Gemeinden>. [zuletzt abgerufen am 26.8.2024]
- Flecker, Jörg, und Hannah Quinz. „Drei Jahre Arbeitsplatzgarantie in Marienthal – Beschäftigung, Erfolgserlebnisse und Wertschätzung statt Langzeitarbeitslosigkeit“. *A&W Blog*, 2024. <https://www.awblog.at/Arbeit/Drei-Jahre-Arbeitsplatzgarantie-in-Marienthal>. [zuletzt abgerufen am 26.8.2024]
- Fröhlich, Paulina, und Paul Jürgensen. „Allianzen des Fortschritts: zur Rolle und Funktion zivilgesellschaftlicher Bündnisse in der pluralen Demokratie“. Herausgegeben von Alina Fuchs. *Friedrich-Ebert-Stiftung*, 2022.
- Gerhartinger, Philipp, Roman Raab, und Heinz Stöger. „Wohnpolitik für alle Arbeitnehmer:innen“. *A&W Blog*, 2024. <https://www.awblog.at/Soziales/Wohnpolitik-fuer-alle-Arbeitnehmer-innen>. [zuletzt abgerufen am 26.8.2024]
- Gutheil-Knopp-Kirchwald, Gerlinde, Peter Huber, Michael Klien, Gerald Kössl, und Peter Reschenhofer. „Die preisdämpfende Wirkung des gemeinnützigen Wohnbaus“, 2023.
- Heimberger, Philipp. „Die Gemeinden für mehr Investitionen stärken“. *A&W Blog*, 2022. <https://www.awblog.at/Kommunales/gemeinden-fuer-mehr-investitionen-staerken>. [zuletzt abgerufen am 26.8.2024]

- Höpfinger, François, und Andrea Teti. „Wohnen im höheren Lebensalter. Konzepte und aktuelle Entwicklungen“. In *Handbuch Wohnsoziologie*, herausgegeben von Frank Eckardt und Sabine Meier. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 2021.
- Kalliauer, Johann. Begleitbrief Tagungsmappe. „Gemeinden in der Krise. Kommunalpolitische Fachtagung der Arbeiterkammer Oberösterreich“. Begleitbrief Tagungsmappe, 3. Mai 2010.
- Kleinrath, Josef. „OÖ: Starker Gegenwind für fast 60 Windkraftanlagen im Mühlviertel“. *Kurier*, 7. Mai 2024. <https://kurier.at/chronik/oberoesterreich/ooe-60-windkraftanlagen-muehlviertel-naturschutz-buergerinitiative/402887030>. [zuletzt abgerufen am 26.8.2024]
- KOMMUNAL*. „Gemeinden finanziell geschwächt: AK befürchtet Verlust von Lebensqualität“. 6. August 2024. <https://kommunal.at/gemeinden-finanziell-geschwaecht-ak-befuerchtet-verlust-von-lebensqualitaet>. [zuletzt abgerufen am 26.8.2024]
- Kuëss, Helmut, und Manfred Walser. „Innenentwicklung und bauliche Verdichtung - Beiträge zu Planungsstrategien“. Schriftenreihe der Abteilung Raumplanung und Baurecht. Bregenz: Amt der Vorarlberger Landesregierung, 2018.
- orf.at*. „Ernteausfälle und Dürreschäden durch Hitze“. 3. September 2024. <https://orf.at/stories/3368397/>. [zuletzt abgerufen am 20.9.2024]
- ÖROK. „Statistische Daten zur Flächeninanspruchnahme und Versiegelung“, 2023. <https://www.oerok.gv.at/monitoring-flaecheninanspruchnahme/daten>. [zuletzt abgerufen am 26.8.2024]
- Österreichischer Städtebund. „Österreichische Gemeindefinanzen 2024 - Entwicklungen 2013 bis 2027“. Wien: Österreichischer Städtebund, Mai 2024.
- Plank, Leonhard. „Ökonomie des Alltagslebens: Ein sozioökonomischer Forschungsansatz“. *Der öffentliche Sektor - The Public Sector*, 2019.
- Raml, Reinhard, und Heinz Stöger. „Wohnzufriedenheit ist stark einkommensabhängig“. *A&W Blog*, 2023. <https://www.awblog.at/Kommunales/wohnozufriedenheit-stark-einkommensabhaengig>. [zuletzt abgerufen am 26.8.2024]
- Schöber, Katrin. „Wohnen 2023 – Zahlen, Daten und Indikatoren der Wohnstatistik“. Wien: Statistik Austria, 2024.
- Umweltbundesamt. „Flächeninanspruchnahme bis 2021“, o. J. <https://www.umweltbundesamt.at/umweltthemen/boden/flaecheninanspruchnahme-bis-2021>. [zuletzt abgerufen am 26.8.2024]
- youunion. Die Daseinsgewerkschaft. „Forderungen für eine starke Daseins.Vorsorge“, 2024.